

Kerpen-Loogh, 8. Mai 2019



Deutsche Gesellschaft für
Ur- und Frühgeschichte e.V.

DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buero@dguf.de
Web: www.dguf.de

Einordnung und Bewertung der Antworten der deutschen Parteien auf die EAA-Wahlprüfsteine "Archäologie und Kulturgutschutz" zur Europawahl am 23.-26. Mai 2019 durch die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e. V.

SPD und AfD sahen sich nicht in der Lage, die EAA-Wahlprüfsteine zu beantworten. Wir dokumentieren dies durch ein durchgehendes Fragezeichen in unserer Wahlampel. Anders als die SPD hat die AfD seit 2016 auch bei vorangehenden Wahlprüfsteinen der DGUF gegenüber stets ausweichend geantwortet im Sinne: man habe noch keine Positionen entwickeln können. Wir als DGUF gehen daher davon aus, dass die AfD im Falle eines Wahlerfolges mutmaßlich nicht angemessen mit Fragestellungen zur Archäologie und zum Denkmalschutz würde umgehen können, resp. ihnen eine nur marginale Bedeutung beimäße.

I. Schutz historischer Landschaften im Planungsprozess

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist ein umweltpolitisches Instrument und hat zum Ziel, Vorhaben vor ihrer Zulassung auf mögliche Umweltauswirkungen hin zu überprüfen. Die bestehenden Richtlinien der EU zur UVP schließen auch den Schutz historischer Landschaften und von Hinterlassenschaften des kulturellen Erbes ein. Die UVP hat seit ihrer Einführung positive Auswirkungen auf die bessere Einbindung der Archäologie in Planungsprozesse gehabt. Der Wahlprüfstein macht in der Fragestellung darauf aufmerksam, dass immer wieder einzelne Projektträger versuchen, ihre Vorhaben so zuzuschneiden und zu stückeln, dass sie nicht unter die Regelungen der UVP fallen. Er fragt die Parteien, ob sie dieses Umgehen bewährter Regelungen künftig abstellen wollen.

Die GRÜNEN und Die LINKE beabsichtigen eine Ausweitung der UVP auf die bislang mangels Größe nicht erfassten Vorhaben, die CDU/CSU möchte einen Schritt in diese Richtung gehen, so dass im Ergebnis alle drei Parteien für ein Mehr auch an Schutz für die Archäologie anstreben. Die FDP plant, erst einmal weitere Erfahrungen mit den bestehenden Regelungen zu sammeln. Auch wenn sich die Antworten von GRÜNEN, LINKEN und SPD in Details unterscheiden, sind all diese Ansätze aus Sicht der DGUF gut, um bestehende Defizite auszuräumen. Das Sammeln weiterer Erfahrungen (FDP) mit dem seit 2014 bestehenden Regelwerk UVP kündigt u. E. eine nicht gebotene Untätigkeit an.

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein "Schutz historischer Landschaften":



II. Einbindung des kulturellen Erbes in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU

Landwirtschaft und deren europaweite Regelung ist eines der Kernthemen der EU-Politik; der Landwirtschaft gilt ein hoher Anteil am EU-Haushalt. Zugleich hat die Landwirtschaft starke Auswirkungen auf den Erhalt archäologischer Relikte im Boden. So ist z. B. die Überdüngung dem Erhalt von Metallobjekten oder Knochen im Boden sehr abträglich. Wahlprüfstein II fragt die Parteien, ob sie sich dieses Zusammenhangs bewusst sind und in künftige EU-Bestimmungen und -Förderungen der Landwirtschaft – anders als bisher – auch den Schutz des Kulturerbes im "Bodenarchiv" berücksichtigen wollen.

Alle vier antwortenden Parteien beabsichtigen in erfreulicher Einmütigkeit, in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU künftig auch die Belange des kulturellen Erbes und der archäologischen Fundstellen mit einzuschließen.

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein "Kulturerbe & Landwirtschaft":



III. Verhinderung des illegalen Antikenhandels

Illegaler Antikenhandel erfolgt zumeist grenzübergreifend und stellt einen der größten Schwarzmärkte weltweit dar. Konsequenzen sind u. a. die Zerstörung von Kulturgut und die Vernichtung archäologischer Quellen, auf denen unser aller Kenntnis von vergangenen Kulturen beruht. Die EU hat als gemeinsamer Handelsraum mit offenen Binnengrenzen eine große Bedeutung für die Verhinderung von illegalem Handel mit Kulturgütern, oft reichen allein nationalstaatliche Regelungen nicht aus. Die Parteien wurden in diesem Kontext zu drei konkreten Handlungsfeldern befragt: (1) Wie denken sie über privates Eigentum an Bodenfunden? (2) Wie denken sie über die Verwendung von Metallsuchgeräten? (3) Wie sollen Regelungen ggf. praktisch umgesetzt werden – eher durch Stärkung nationalstaatlicher Bemühungen, eher auf EU-Ebene, oder eher durch mehr Aufklärung und Prävention?

III.1 GRÜNE und Die LINKE beabsichtigen, Bodenfunde in Privateigentum weiterhin zuzulassen, doch stärker als bisher zu kontrollieren. Während CDU/CSU am Ist-Zustand festhalten wollen, läuft die Position der FDP auf eine Änderung der bisherigen Schatzregale hinaus.

Nach Ansicht der DGUF läuft der Vorschlag der FDP auf ein Mehr an Privateigentum hinaus; denn wenn dem Staat nach britischem Modell ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird (wie es die FDP vorschlägt), dürfte dies angesichts chronisch knapper öffentlicher Finanzen – wie auch in Großbritannien – meist nicht ausgeübt werden (können).



DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buero@dguf.de
Web: www.dguf.de

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein "Antikenhandel: Bodenfunde & Privateigentum":



DGUF-Büro
 An der Lay 4
 D - 54578 Kerpen-Loogh
 Tel.: 06593 - 98 96 42
 Fax: 06593 - 98 96 43
 Email: buero@dguf.de
 Web: www.dguf.de

III.2 Bei der Frage nach dem Umgang mit Metallsondengängern plant Die LINKE eine strenge Reglementierung. In starkem Gegensatz dazu wollen CDU/CSU und FDP den Umgang mit Metallsonden, dem Ist-Zustand ähnlich, in leicht unterschiedlichen Ansätzen zwar regulieren, aber (weiterhin) ermöglichen. Die GRÜNEN sind noch positionlos.

Aus Sicht der DGUF ist eine stärkere Reglementierung weder wünschenswert noch durchsetzbar. Das Modell der CDU/CSU, nach dem nur das Suchen auf "im Bereich archäologischer Fundstellen" reglementiert werden soll, ist nach unserer Meinung allzu diffus und ebenfalls nicht pragmatisch. Die von der FDP vorgeschlagene Vergabe von Lizenzen an Sucher, die mit den Denkmalbehörden kooperieren, erscheint uns als ein allen Interessengruppen gerecht werdender, guter Weg.

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein "Antikenhandel: Metallsuchgeräte":



III.3 Bei der Frage nach der praktischen Umsetzung eines EU-weiten Vorgehens gegen illegalen Antikenhandel setzen CDU/CSU und Die LINKE auf ein Mehr an EU-weiter Kooperation und besserer Ausbildung der Behörden. Die FDP spricht sich gegen ein Zuviel an Bürokratie aus, möchte jedoch Fälschungen und den Handel via Internat bekämpfen; sie sehen Raubgrabungen in Regionen mangelnder Staatlichkeit als soziales Problem an und wollen diese Ursachen bekämpfen. Die GRÜNEN haben zu diesem Thema noch keine Position.

Die DGUF begrüßt die grundsätzlichen Äußerungen von CDU/CSU und LINKEN zur besseren EU-weiten Kooperation, Ausstattung und Ausbildung der Behörden – doch fehlt es den Thesen an u. E. an konkreten Umsetzungsideen. Der Verweis der FDP auf die Ursprungsländer verkennt die Bedeutung und Verantwortung der Käufer angebotener Objekte; zudem vermag die DGUF nicht die Notwendigkeit zu erkennen, dass der Staat diese Käufer gegen den Kauf von Fälschungen schützen muss.

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein "Antikenhandel: praktische Umsetzung":





DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buero@dguf.de
Web: www.dguf.de

IV. Erleichterung transnationaler Mobilität

Dieser Wahlprüfstein betont die Bedeutung der persönlichen Mobilität für Archäologinnen und Archäologen in der EU, da die oft kleinen nationalen Arbeitsmärkte und deren wechselnde Konjunkturen den Individuen wie den privatwirtschaftlichen Anbietern von archäologischen Dienstleistungen (Fachfirmen) ein grenzübergreifendes Arbeiten nahelegen. Der Wahlprüfstein benennt die dafür derzeit bestehenden Hemmnisse und fragt, ob die Parteien konkrete EU-weitere Änderungen planen.

FDP und Die LINKE beabsichtigen, die Berufsbezeichnung "Archäologe" europaweit zu schützen (was sie derzeit nicht ist) und so die in den Wahlprüfsteinen aufgezeigten Mobilitätshemmnisse für Arbeitskräfte zu beseitigen. Die GRÜNEN belassen es beim Ist-Zustand, nach dem Diplome und Abschlüsse europaweit gegenseitig anerkannt sind bzw. werden sollen.

Die CDU/CSU möchte mittels einer stärkeren Standardisierung der Denkmalpflege und deren Anforderungen und Zulassungskriterien einen europaweit freieren Markt für die Anbieter archäologischer Dienstleistungen schaffen.

Aus Sicht der DGUF ist der aktuell seitens der Archäologie eingeschlagene Weg, über die Etablierung eines starken Archäologie-Berufsverbandes ein Mehr an Selbstbestimmung und Selbstkontrolle zu gewinnen, erfolgversprechender und realistischer erreichbar als ein Mehr an staatlichen Eingriffen. In Kenntnis der Rechtslagen bleibt uns unklar, wie FDP und LINKE europaweit eine geschützte Berufsbezeichnung durchsetzen wollen und worauf diese beruhen soll.

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein "Erleichterung transnationaler Mobilität":



V. Freie Nutzungsrechte für Abbildungen von Kulturgütern öffentlicher Institutionen

Die Archäologie arbeitet in besonders intensiver Weise mit Bildern und Fotografien; die Möglichkeit, Bilder von Funden oder Fundzusammenhängen publizieren zu können, ist essenziell. Zudem fordert die Politik von der Wissenschaft, ihre Ergebnisse "open access", d.h. im freien, kostenlosen Zugriff zu Verfügung zu stellen. Dem stehen jedoch nicht selten Urheberrechte an Bildern und auch Reproduktionen gegenüber, die von den Eigentümern – beispielsweise einer Denkmalbehörde oder einem Museum – geltend gemacht werden und das Publizieren im Open Access behindern. Der Wahlprüfstein fragt die Parteien, wie sie diesbezüglich über Kulturerbe in öffentlichem Eigentum bzw. im Eigentum von als gemeinnützig anerkannten Einrichtungen denken.

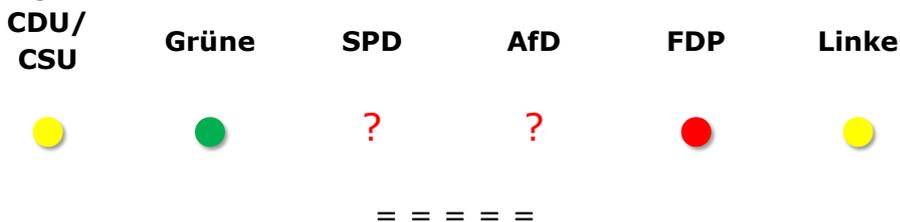
CDU/CSU und Die LINKE planen, dass Bildrechte von Gegenständen in öffentlichem oder gemeinnützigem Eigentum für wissenschaftliches Open-Access-Publikationen grundsätzlich einzuräumen sind, wobei Gebühren erhoben werden dürfen. Die GRÜNEN wollen dies ohne ein Erheben von Gebühren einführen und bekennen sich zum Prinzip Open Access; sie wollen – anders als Deutschland bisher – das Projekt cOAlition S fördern. Die FDP sieht nach der EU-



Entscheidung zum Urheberrecht nationalen Umsetzungsbedarf und möchte – ohne die gestellte Frage konkret zu beantworten – Open Access im Bereich der Wissenschaft fördern.



Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein "Freie Nutzungsrechte für Ab-bildungen":



DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buero@dguf.de
Web: www.dguf.de

Eine Anmerkung zur DGUF-Wahl-Ampel

Die nachfolgende Wahl-Ampel soll allen an Archäologie und Denkmahlschutz interessierten Wählerinnen und Wählern eine erste rasche Orientierung bieten, wie die DGUF die Antworten der Parteien bewertet. Dadurch wird zwangsläufig ausschließlich abgebildet, ob die Antworten im Sinne der Interessen eines starken Denkmahlschutzes sind. Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass sich insbes. die FDP mit diesen Wahlprüfsteinen erkennbar intensiv auseinandergesetzt hat. Diese politische Haltung möchten wir ausdrücklich wertschätzen, auch wenn die Aussagen inhaltlich nicht dem entsprechen, was wir gutheißen. Die Antworten anderer Parteien sind weitaus schematischer, teilweise möglicherweise sogar uns bzw. den Wählern ein Stück weit "gefällig" geschrieben worden – ohne Aussicht auf eine tatsächliche Umsetzung. Die Nicht-Antworten von SPD, vor allem aber der AfD haben wir eingangs bereits bewertet.

Die DGUF-Wahl-Ampel zu allen Wahlprüfsteinen im Überblick:

Wahlprüfstein:	CDU/CSU	Grüne	SPD	AfD	FDP	Linke
Landschaftsschutz & UVP	●	●	?	?	●	●
Agrarpolitik & Archäologie	●	●	?	?	●	●
Illegaler Antikenhandel						
- priv. Eigentum	●	●	?	?	●	●
- Metallsuchgeräte	●	?	?	?	●	●
- prakt. Umsetzung	●	?	?	?	●	●
Mobilität	●	●	?	?	●	●
Bild-Nutzungsrechte	●	●	?	?	●	●

Die Wahlprüfsteine erarbeitete die European Association of Archaeologists (EAA) mit einer EU-weiten Expertengruppe, zu der auch die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V. (DGUF) gehörte. Die letzte Verantwortung über die Fragen liegt bei der EAA. Die hier gegebene Einordnung und Kommentierung gibt die Sicht der DGUF wieder. Eine Dokumentation mit den vollständigen Antworten aller Parteien finden Sie auf www.DGUF.de. Kontakt: vorstand@dguf.de

